



»Guten Tag«

Telgte ist schon etwas Besonderes! Unsere Stadt ist nicht nur eine besonders schöne und liebenswerte Stadt. Nein, die Menschen hier sind auch besonders wählerisch. Die wählen gern auch einmal oder zweimal mehr als andere. Und nachdem es schon zwei Wahlen brauchte, um den Stadtrat zu bestimmen, soll jetzt die Bürgermeisterfrage gar im dritten Anlauf geklärt werden.

Die Telgter GRÜNEN haben dazu im Januar mit Wolfgang Pieper einen Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters aufgestellt, der über eine langjährige kommunalpolitische Erfahrung und einen großen Rückhalt in der Bevölkerung verfügt. Die Veranstaltungsreihe unter dem Motto „Ich stelle mich (vor)“ fand Mitte März reges Interesse.

Aber das „Pöggskén“ ist eben kein Saison-Blatt, das nur vor irgendwelchen Wahlen herumquakt. Wir bemühen uns weiterhin um regelmäßige Berichterstattung und viel Hintergrundinformation für Sie. Darauf haben Sie ja auch einen Anspruch, denn das tolle Wahlergebnis vom Dezember verpflichtet uns in besonderem Maße.

Und dass am 9. Mai nicht nur ein neuer Bürgermeister gewählt wird, sondern „so ganz nebenbei“ noch ein neuer Landtag, das merken Sie in dieser Ausgabe sicher ganz von selbst. Viel Spaß bei der Lektüre wünscht wie immer

Ihre Pöggskén-Redaktion

Die weiterführenden Schulen müssen weiter geführt werden Eine bloße „Verbundschule“ ist keine Lösung

Die Anmeldezahlen zu den weiterführenden Schulen für das kommende Schuljahr 2010/2011 machen die ganze Dramatik der Entwicklung deutlich: Gerade einmal 27 Anmeldungen für die Clemens-Hauptschule, 62 für die Kardinal-von-Galen-Realschule und 107 für das Maria-Sybilla-Merian-Gymnasium. Hier schlägt sich auch in Telgte eine landesweite Entwicklung nieder, die von Schulexperten schon länger vorausgesagt wurde. Eltern streben für ihre Kinder in aller Regel einen höherwertigen oder zumindest gleichwertigen Schulabschluss an, als sie selbst ihn haben.

Um die weitere Entwicklung des Schulzentrums Telgte nicht einfach hinzunehmen, sondern aktiv und mit dem Ziel einer qualitativen Weiterentwicklung zu gestalten, sind vorausschauendes Handeln und eine enge Zusammenarbeit des Rates und der Stadt als Schulträgerin mit den Schulleitungen, den Eltern- und Schüler/innen-Vertretungen sowie externen Fachleuten erforderlich. Augenmaß und ein behutsamer Prozess, der eine schrittweise Weiterentwicklung auf einer fachlich und pädagogisch sicheren Basis anstrebt und bruchhafte Veränderungen vermeiden hilft, sind dabei gefragt. Eine bloße „Verbundschule“ als weitgehend organisatorischer Zusammenschluss von Haupt-

und Realschule ist allerdings aus Sicht der GRÜNEN keine Lösung. Hier müssen inhaltliche und qualitative Verbesserungen eingebracht werden.

Die – stärker noch als im

Schulentwicklungsplan 2007 für Telgte vorhergesehenen – zurückgehenden Schüler/innenzahlen lassen in naher Zukunft eine Einzigigkeit der

Fortsetzung auf Seite 2



Rüttgers streicht Klimaschutz

Umstrittenes Kohlekraftwerk in Datteln kann weitergebaut werden

Während die Staaten in Kopenhagen um weltweite Klimaregelungen rangen, hat die Regierung Rüttgers in NRW einen Klimaschutz-Paragrafen aus dem Gesetz gestrichen. Einziges Ziel: E.on soll weiter am größten Kohleleiler Europas bauen können.

Das Oberverwaltungsgericht hatte den Bau des Kohlekraftwerks in Datteln gestoppt, da es nicht mit der Landesentwicklungsplanung vereinbar sei. Im Paragrafen 26 des Landesentwicklungsgesetzes hieß es, das Land müsse eine „ausreichende, sichere, umweltverträgliche und möglichst preisgünstige

Energieversorgung“ sicherstellen. Insbesondere müssten „einheimische und regenerierbare Energieträger eingesetzt werden“ (Das Kraftwerk Datteln soll mit Importkohle betrieben werden).

Die Schwarz-Gelbe Landtagsmehrheit strich kurzerhand den störenden Paragrafen aus dem Gesetz und ermöglicht es so E.ON, das Megakraftwerk weiterzubauen. Frei nach dem Motto: Ökonomie vor Ökologie!

Die Bundesregierung und die G8-Staaten haben das Ziel formuliert, den CO₂-Ausstoß der Industriestaaten bis 2050 um 80 Prozent zu verringern. Das Kohlekraftwerk Datteln wird 8,5 Millionen Tonnen CO₂ im Jahr ausstoßen und somit allein schon 5 Prozent der angestrebten Höchstmenge emittieren. Betrachtet man die weiteren in Planung befindlichen Kraftwerke, so muss man feststellen, dass so das Klimaziel nicht zu erreichen ist.

Am 9. Mai haben Sie die Möglichkeit, auch über die Klimapolitik in Nordrhein-Westfalen zu entscheiden. Nutzen Sie die Chance!

u.we.

weitere Infos:

www.klima-appell.de/klima/datteln/



Fotomontage: campact.de

Standortsuche für eine neue Feuerwache nimmt endlich Fahrt auf:

Voruntersuchung von Standortalternativen angelaufen

Schon im November 2009 hatte die GRÜNE Ratsfraktion eine Voruntersuchung von Standortalternativen für den Neubau einer Feuerwache Telgte gefordert und beantragt. Die bekannten Versuche des Jahres 2009 hatten nicht zu einem konkreten Ergebnis geführt, das alle feuerwehrafachlichen Anforderungen erfüllt und eine Mehrheit im Rat der Stadt Telgte gefunden hätte. Deshalb wollten die GRÜNEN einerseits Kompromisslösungen für die Realisierung einer neuen Feuerwache auf dem strategisch günstig gelegenen Grundstück Ecke Orkotten / Daimlerstraße ausloten, und andererseits von unabhängigen Planern Standortalternativen auf ihre Eignung hin untersuchen zu lassen, um auf diese Weise –

auch gegenüber Investoren und Grundstückseigentümern – wieder Spielräume zu gewinnen und Handlungsalternativen aufzuzeigen.

Der Antrag der GRÜNEN fand – wohl auch mit Blick auf die bevorstehende Wiederholungswahl am 13. Dezember 2009 – im Dezember vorerst keine Mehrheit im Rat.

„Das Feuerwehrhaus an der Ritterstraße kann im jetzigen Zustand die Anforderungen nicht erfüllen, die sich aus der erforderlichen Stärke und Leistungsfähigkeit der Feuerwehr Telgte ergeben.“ (aus: Brandschutzbedarfsplan für die Stadt Telgte, Januar 2003, Seite 391)

Aber die Stadtverwaltung legte dann zur konstituierenden Sitzung des neu gewählten Rates am 7. Januar 2010 einen Beschlussvorschlag vor, der dem Anliegen der GRÜNEN weitgehend gleichkam: „Die Suche nach einem Standort für die Feuerwehr wird zeitlich und inhaltlich von der Einzelhandelsentwicklung (im Orkotten) abgekoppelt. Die Verwaltung wird Gespräche mit den Eigentümern von zunächst drei potenziellen Standorten aufnehmen. Für die drei Standorte wird eine Untersuchung durchgeführt, die klären soll, ob die Standorte feuerwehrtaktisch geeignet sind.“

Dieser Vorschlag wurde vom Rat einstimmig beschlossen – es lagen ja keine Wahlen mehr unmittelbar in der Nähe. Die Voruntersuchung ist zwischenzeitlich angelaufen, die Verwaltung berichtet von intensiven Gesprächen mit den

in Rede stehenden Grundstückseigentümern. Und Probefahrten der Feuerwehr von den jeweiligen Standorten aus sollen die Eignung der Grundstücke und ihrer Lage einem Praxistest unterziehen. Da ist also jetzt Einiges in Bewegung gekommen, und das ist gut so. Es bleibt zu hoffen, dass die Stadt der Realisierung einer neuen Feuerwache auf diese Weise endlich

einen deutlichen Schritt näher kommt.

Die Kamerad/innen und die Führung der Freiwilligen Feuerwehr haben einen Anspruch darauf, dass ihre Arbeit durch vernünftige, zeitgemäße und einsatztaugliche Räumlichkeiten unterstützt und dauerhaft gewährleistet wird.

w.p. grüne ratsfraktion



Die Feuerwache an der Ritterstraße ist marode.

Wussten Sie, dass viele Grabsteine aus Granit, die bei uns verwendet werden, aus Indien stammen? Dort arbeiten häufig Kinder unter 14 Jahren unter erdrückenden und menschenunwürdigen Bedingungen. Durch einen Besuch des NRW- Arbeitsministers Karl-

Josef Laumann in Indien am Anfang des Jahres ist diese Praxis öffentlich bekannter geworden. Der Arbeitsminister



Kinderarbeit im Steinbruch wurde von Minister Laumann bemängelt.

Kleine Hände – Große Steine Grabsteine aus Kinderarbeit?

hat sich deutlich dafür ausgesprochen, diese Steine auf kommunalen Friedhöfen zu verbieten. In Zusammenarbeit mit dem katholischen Hilfswerk Misereor setzt sich u. a. die Organisation „Xertifix“ für die Rechte von Kindern in Indien ein. Deutsche Importeure können für ihre Natursteine (Granit, Marmor, Sandstein) ein Siegel beantragen, das belegen soll, dass bei der Herstellung keine Kinderarbeiter/innen eingesetzt werden.

Vor diesem Hintergrund hat die Grüne Ratsfraktion am Anfang des Jahres die Verwaltung um eine Einschätzung der

Situation in Telgte gebeten. Außerdem sollte über die Möglichkeit nachgedacht werden, Grabsteine aus Kinderarbeit auf dem Telgter Friedhof zu verbieten. In den Beratungen des Hauptausschusses zum Grünen Antrag gab es folgende Erkenntnisse: Woher die Grabsteine auf den Telgter Friedhöfen kommen, ist nicht bekannt. Ein Verbot von Grabsteinen aus Kinderarbeit ist rechtlich zurzeit allerdings noch nicht möglich. Händler und Käufer/innen tragen die Verantwortung dafür, unter welchen Bedingungen ihre Steine hergestellt sind. Die Möglichkeit, Steine ohne Kin-

derarbeit beziehen zu können, sollte mehr in der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.

Beim Einkauf von Pflastersteinen aus Granit, für die ebenfalls Kinder in Steinbrüchen schufteten, kann die Stadt Telgte stärker Einfluss nehmen. Hier könnte sie nur fair gehandelte Steine, also mit entsprechendem Zertifikat bestellen. Das ist im Übrigen nur mit minimalen Mehrkosten verbunden, da die Rohstoffe bei Baumaßnahmen nur einen geringen Kostenanteil ausmachen. Weitere Informationen zu dem Thema findet man bei den beiden Zertifizierungsorganisationen in Deutschland.

k.m.
<http://www.xertifix.de>

<http://fairstone.win-win.de/>
und bei <http://www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de/>

Bloße „Verbundschule“ keine Lösung Fortsetzung von Seite 1

Ganztagshauptschule und eine dauerhafte Zweizügigkeit der Realschule erwarten. Immer stärker werden deshalb auch andernorts Spielarten der Gemeinschaftsschule nach dem in Schleswig-Holstein

gefahrenen Modell ins Auge gefasst, so etwa unter dem Titel einer „Profilschule“ in der Gemeinde Ascheberg. Die Gemeinschaftsschule garantiert eine gemeinsame Schulform für alle Schüler/innen

vor Ort und ermöglicht auch den gymnasialen Bildungsgang bis zu einem Abiturabschluss. Daneben bliebe zusätzlich auch das Gymnasium als selbstständige Einheit bestehen.

Diese Variante, die derzeit auch in Nordrhein-Westfalen in vielen Städten diskutiert, bisher aber vom Schulministerium NRW abgelehnt wird, könnte einen neuen Impuls setzen, um qualitative Aspekte und die individuelle Förderung von Stärken und Schwächen

der Schüler/innen in einem gemeinsamen Schulsystem in den Vordergrund zu stellen. Eine solche Entwicklung muss aber gut vorbereitet und mit allen Akteuren abgestimmt sein.

w.p. grüne ratsfraktion



Wolfgang Pieper

Herr Pieper, warum leben Sie gern in Telgte?

Dies ist die Stadt, in der ich geboren und aufgewachsen bin. Hier fühle ich mich wohl und zuhause.

Haben Sie denn immer in Telgte gewohnt?

Ja, ich habe auch während meines Studiums an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und danach in Telgte gewohnt.

Welche Orte in Telgte sind Ihnen besonders wichtig?

Die Gärten am Hagen mag ich, weil sie Erholung und Selbstversorgung miteinander verbinden. Außerdem wird man hier an Stadtgeschichte erinnert. Und der Bereich um die Clemenskirche hat – ähnlich wie um St. Cornelius und Cyprianus in Westbevern – eine ganz besondere Ausstrahlung.

Warum verbringen Sie nun schon seit über 25 Jahren so viel Ihrer Freizeit mit Kommunalpolitik?

Die Stadt, in der ich lebe, möchte ich gern auch mitgestalten. Neben den Vereinen, in denen sich ganz viele Telgter/innen engagieren, ist die ehrenamtliche Politik eine andere Möglichkeit dazu. Und es macht Freude, mit anderen zusammen an der Entwicklung Telgtes mitwirken zu können.

Warum haben Sie sich erst jetzt, im „zweiten Anlauf“ dafür entschieden, doch als Bürgermeister zu kandidieren?

Weil diese Entscheidung eigentlich in meiner Lebensplanung nicht vorgesehen war. Ehrenamtliche Politik hätte mir völlig ausgereicht. Aber in der durch die Abwahl von Dr. Meendermann entstandenen Situation wollte und will ich meinen Teil der Verantwortung für die Zukunft unserer Stadt übernehmen.

Was wäre Ihr wichtigstes Anliegen als Bürgermeister?

Viele Menschen dazu zu motivieren, sich konstruktiv und im gegenseitigen Respekt voreinander in die Prozesse zur Weiterentwicklung unserer Stadt einzubringen. Das geht nur durch viel Transparenz in Verwaltung und Politik, durch Bürgerbeteiligung und offene Kommunikation.

Ein Wort zu den anderen Parteien: Wie bewerten Sie die Möglichkeit der Zusammenarbeit als Bürgermeister?

Was ich vorhabe ist ja ein Rollen-

Interview mit Bürgermeister- kandidat Wolfgang Pieper

wechsel – vom Fraktionssprecher zum Bürgermeister, der die Fäden zusammenführen, Prozesse moderieren und zu Ergebnissen führen, und insofern unterschiedliche Interessen integrieren muss. Und ich hoffe, dass die Parteien und Fraktionen – einschließlich der GRÜNEN – diesen Rollenwechsel wahrnehmen und mitvollziehen. Ich bin dazu bereit und freue mich auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit allen Parteien in Telgte.

Welche Bedeutung haben die Ortsteile für Sie?

Die Ortsteile Westbevern-Dorf, Westbevern-Vadtrup, Raestrup und auch zum Beispiel die Bauernschaften sind nicht einfach ein Anhängsel an die Stadt Telgte. Sie haben ein ganz eigenes und selbstständiges Gepräge und sind selbstbewusste, wichtige Teile des Ganzen. Wenn nicht das Trennende in den Vordergrund gerückt wird, kann diese Vielfalt eine echte Stärke der Stadt sein.

Welche Werte sind Ihnen im Leben besonders wichtig?

Der Respekt vor anderen und vor Andersdenkenden. Offenheit für Neues, Vertrauen in Gewachsenes, und nicht zuletzt die Freude am Leben.

Nennen Sie mir einen Begriff, der für Sie beschreibt, wie Ihr Kontakt als Bürgermeister zu den Bürgern charakterisiert sein soll.

Ein Bürgermeister muss nach meiner Auffassung ein „Kümmerer“ sein, der sich um die großen – und manchmal auch um die kleinen – Themen der Stadt und Anliegen der Menschen kümmert.

Auf welchen Arbeitsschwerpunkt freuen Sie sich am meisten? Vor welchem haben Sie den größten Respekt?

Ich freue mich auf den Kontakt mit den vielen Menschen, auf die Zusammenarbeit mit den Kindertageseinrichtungen und Schulen, auf die Betriebe und Unternehmen. Großen Respekt habe ich trotzdem erst einmal vor den Aufgaben, die auf mich warten, denn Neuland betritt man nicht ganz ohne ein mulmiges Gefühl.

Mit Interesse haben wir gehört, dass Sie ohne Führerschein in Ihrem Leben nichts vermisst haben. Welchen Lieblingsort haben Sie denn mit dem Zug kennen gelernt?

Schöne Ecken dieser Erde liegen ja nicht immer weit entfernt, manchmal kommt's eben darauf an, wie man sie erlebt. Besonders mag ich die Nord- und Ostseeinseln und auch den Bodensee.

Was machen Sie am liebsten in Ihrer Freizeit – außer der Kommunalpolitik?

Ich kann nicht gut längere Zeit ohne Musik und ohne Bücher auskommen. Ich fahre gern Fahrrad und wenn ich die Zeit dazu habe, gehe ich gern Wandern (leider zu selten also).

Keine Kürzung beim ALD! Grüne: Zukunftsfähige Organisation von Mobilität in Telgte prüfen

Mit dem Haushaltsentwurf 2010 schlägt die Verwaltung eine Neustrukturierung des Nachtbusangebotes und eine Reduzierung des Anrufliniendienstes (ALD) vor. Die Nutzung es Nachtbusses ist zurückgegangen, seit parallel auch die Nord-West-Bahn spätabends noch Fahrten von Münster nach Telgte anbietet. Der ALD dagegen soll vor allem aus Kostengründen zurückgefahren werden. Diese Maßnahme würde insbesondere die Anbindung der Ortsteile Westbevern-Dorf und Westbevern-Vadtrup an

das ÖPNV-Netz verschlechtern.

Für die Beratungen des Finanzausschusses am 25. März schlagen die GRÜNEN jetzt stattdessen eine Herangehensweise vor, die alle Angebote des Öffentlichen Personennahverkehrs in Telgte in den Blick nehmen soll. Die Verwaltung wird im Antrag der GRÜNEN beauftragt, einen Bericht zur Organisation, zur Angebotsstruktur und zur Finanzierung des Öffentlichen Personennah- und des Schülerspezialverkehrs in Telgte (Bahnverkehr, Regionalbuslinien, Nachtbus, ALD, Schülerspezialverkehr) vorzulegen

und – wenn nötig auch mit fachlicher Unterstützung – Perspektiven für ein abgestimmtes ÖPNV-Angebot aufzuzeigen, das eine zukunftsfähige, umweltgerechte und finanzierbare öffentliche Organisation von Mobilität in Telgte sicherstellt.

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Neustrukturierung des Nachtbusangebotes kann auch nach Auffassung der GRÜNEN umgesetzt werden, um entsprechende Aufwendungen für en Haushalt zu reduzieren. Über die Entwicklung im Bereich der Nachtbusse soll die Verwaltung allerdings regelmäßig berichten.

Anders die GRÜNE Position zum Anrufliniendienst: Dort sollte die von der Verwaltung vorgeschlagene Angebotseinschränkung **nicht** umgesetzt werden, die entsprechenden Aufwendungen werden als erforderliche Mittel für die Daseinsvorsorge angesehen.

Die Stadt Telgte trägt in den Bereichen Nachtbus, ALD,

Schülerspezialverkehr etc. jährlich Kosten oberhalb von 600.000,- Euro. Der gestufte Antrag der GRÜNEN würde – wenn er eine Mehrheit findet – zunächst eine kurzfristige Verschlechterung des Angebotes verhindern. Zugleich könnte ein zukunftsgerichtetes Konzept für ein ÖPNV-Angebot aus einem Guss auf den Weg gebracht werden. w.p.



Die Grünen setzen sich für einen attraktiven Öffentlichen Nahverkehr in Telgte ein.

Atomkraft ist wieder ein Thema, dazu noch eines das jedeN betrifft und auch für die Landtagswahl im Mai von Bedeutung ist.

Anfang November 2009 wurde von der Münsteraner Bezirksregierung die Genehmigung zur Einlagerung von schwach- und mittelradioaktivem Atommüll für das Zwischenlager Ahaus erteilt. Das heißt, dass bald erstmals seit Juni 2005 wieder Castoren durch das Münsterland rollen werden. Bei vergangenen Transporten kam es zu massiven Protesten. Das Zwischenlager liegt nur ca. 60 Kilometer von Telgte entfernt.

Der Widerstand wird größer und bei dem Sonntagsspaziergang am 20. Dezember fanden sich trotz verschneitem Wetter etwa 300 Bürger ein. Mit einem Autokonvoi am 24. Januar machten die DemonstrantInnen auf das wenig beachtete Atommüllkonditionierungslager in Duisburg und auf das Forschungszentrum in Jülich aufmerksam und fuhren „dem Castor entgegen“.

Der Unfall in der Urananreicherungsanlage in Gronau

Es geht wieder los: Atommülltransporte im Münsterland

vom 21. Januar 2010 zeigt, dass es nur eine scheinbare Sicherheit bei Atomanlagen gibt. Ein Mitarbeiter der Betreiberfirma Urenco wurde kontaminiert. Es ist auch Radioaktivität an die Umgebung abgegeben worden. Diese soll jedoch angeblich ungefährlich gewesen sein. Auch die zweimal pro Woche geplanten Transporte mit insgesamt 152 Atommüllbehältern ins Zwischenlager nach Ahaus sind alles andere als ungefährlich und unbedenklich. Doch, dass man sich erfolgreich wehren kann, sieht man zum Beispiel daran, dass das Zwischenlager in Ahaus noch zu 90 Prozent leer steht.

Johannes Windau sprach mit Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen über die geplanten Transporte:

Was kann bei den Transporten passieren und wie betrifft es auch Telgte?

Bei Atomtransporten kann es grundsätzlich immer zu Unfällen kommen – auf der Straße oder der Schiene. Dabei können Behälter undicht und Radioaktivität freigesetzt werden. Da aber die örtlichen Feuerwehren oft gar nicht informiert oder nur unzureichend ausgerüstet sind, kann das schnell enorme Konsequenzen für die Bevölkerung haben. Telgte ist zum Beispiel durch die Urantransporte über die Bahnstrecke Münster-Osnabrück direkt betroffen. Viele Menschen aus Telgte pendeln nach Münster, dort rollen durch den Hauptbahnhof regelmäßig hochgefährliche Urantransporte.

Warum ist es gerade jetzt wichtig auf die Straße zu gehen?

Vor 10 Jahren wurde der Atomausstieg im Kanzleramt vereinbart. Das soll jetzt aufgekündigt werden. Die Atomanlagen in Gronau und Ahaus werden ausgebaut, das AKW Lingen soll noch länger laufen und die NRW-Energiekonzerne EON und RWE setzen stur auf Atomkurs. Deshalb ist jetzt Protest enorm wichtig, damit der Atomausstieg Realität wird – gerade auch mit Blick auf die Landtagswahlen am 9. Mai.



Matthias Eickhoff

Wie lange gibt es das Atommülllager in Ahaus schon und wie sah der Protest dagegen bisher aus?

Das „Zwischen“-lager wurde 1992 in Betrieb genommen. Seither wurde die radioaktiven Brennelementkugeln aus dem THTR Hamm-Uentrop eingelagert. 1998 demonstrierten mehr als 10 000 Menschen gegen den großen Castor-Transport aus Süddeutschland und 2005 gingen zum Schluss mehr als 3000 Menschen gegen die drei Castor-Transporte aus Dresden-Rossendorf auf die Straße. Dabei kam es auch zu größeren Blockaden. An jedem dritten Sonntag findet seit 1994 um 14 Uhr ein Sonntagsspaziergang am Atommülllager statt. Da ist jedeR herzlich willkommen.

Was ist in nächster Zeit geplant und wie kann man sich beteiligen?

Wenn die neuen Atommülltransporte nach Ahaus beginnen,

wird es am Zwischenlager Ahaus einen außerordentlichen Sonntagsspaziergang geben. Am 4. April findet in Gronau ein Ostermarsch zur Urananreicherungsanlage statt und am Samstag, 24. April, beginnt um 12.30 Uhr am Bahnhof in Ahaus die zentrale NRW-Atomausstiegsdemo zum Tschernobyl-Jahrestag. Dazu rufen Initiativen und Verbände, auch die NRW-Grünen, aus ganz NRW auf. Aus allen Landesteilen werden Sonderbusse organisiert. Ein Sonderbus aus dem Kreis Warendorf und Telgte wäre eine tolle Sache.

Das Interview führte Johannes Windau (19). Er ist bei der politischen Jugendgruppe „Telgte – Links Ab!“ aktiv, die sich an den Protesten gegen die geplanten Castor-Transporte beteiligen wird. Weitere Informationen: www.telgte-links-ab.de, www.sofa-ms.de und www.kein-castor-nach-ahaus.de.



Schwarz-Gelb will die AKW-Laufzeiten verlängern

Da hilft nur eins:

**Vollziehen Sie Ihren persönlichen Atomausstieg,
wechseln Sie zu einem Ökostromanbieter!**

Bei Ökostrom können Sie sicher sein, dass kein CO₂ ausgestoßen wird und kein radioaktiver Abfall entsteht.

Der Wechsel zu Ökostromanbietern geht einfach und ist problemlos.

Und: Es gibt Ökostromtarife, bei denen Sie im Vergleich zum konventionellen Strommix sogar Geld sparen!

Infos unter www.oekostrom-fuer-telgte.de. Persönliche anbieter-unabhängige Beratung unter Tel. 5316.

www.oekostrom-fuer-telgte.de

**ATOMAUSSTIEG
SELBER
MACHEN**



9. Mai 2010: Landtagswahl in NRW

Liebe Telgterinnen und Telgter,

Am 9. Mai wird neben einem Bürgermeister für Telgte auch der Landtag von NRW gewählt. Bei dieser Wahl haben Sie erstmals zwei Stimmen. Eine für die Partei Ihres Vertrauens und eine für Ihre Direktkandidatin oder Ihren Direktkandidaten.

Für den Nordkreis Warendorf, also Sassenberg, Beelen, Oelde, Warendorf, Ennigerloh, Everswinkel, Ostbevern und eben auch Telgte trete ich für die Grünen als Direktkandidat an. Aus diesem Grund möchte

Mein Name ist Marian Husmann, ich bin 20 Jahre alt und beende in diesem Monat meinen Zivildienst in der Akademie Franz-Hitze Haus in Münster. Ab April werde ich ein dreimonatiges Praktikum im Kreisverband der Grünen absolvieren um die Zeit bis zum Beginn meines Studiums zu überbrücken. Ab Oktober möchte ich, sollte ich nicht in den Landtag gewählt werden, nämlich Politik und Recht in Münster studieren. Seit August 2009 bin ich Mitglied des Rates der Stadt Telgte und habe bei der Wiederholungswahl meinen Wahlkreis sogar direkt gewinnen können. Direkt muss ich bei der Landtagswahl auch den Nordkreis Warendorf gewinnen, da ich nicht über die Landesliste der Grünen abgesichert bin.

Zu meinen Politischen Schwerpunkten zählen unter anderem die Bildungspolitik, der Daten- und Umweltschutz, die Verkehrspolitik und Kommunalpolitik. Im Falle meiner Wahl würde ich mich über die Landesebene dafür einsetzen, dass die Kommunen im Kreis wieder mehr Geld zur Verfügung haben. Die Schwarz-Gelbe Landesregierung hat den Kommunen in den Jahren 2005 bis 2009 systematisch Gelder vom Bund für die U-3 Betreuung und den Kostenbeitrag des Bundes am Wohngeld vorenthalten. Auch für ein zukunftsfähiges Bildungssystem möchte ich mich einsetzen. Wenn am Ende der Schulzeit 20% der Schülerinnen und Schüler nicht fit für die Ausbildung sind, ist dies ein Armutszeugnis. Die Grünen möchten gemeinsam mit Ihnen, den Eltern, Schülerinnen und Schülern und Lehrerinnen und Lehrern eine Schule von unten aufbauen. Bildungspolitische Entscheidungen über die Ausrichtung einer Schule auf Landesebene gehen oft an der Realität vorbei und werden daher besser auf kommunaler Ebene entschieden.



Marian Husmann

Ich möchte gemeinsam mit Ihnen Mehr Möglich Machen und bitte Sie daher am 9. Mai um Ihre Stimme. Sollten Sie Fragen oder Anregungen haben, schreiben Sie mir doch eine E-Mail oder rufen Sie mich an. (m.husmann@gmx.de / 02504/72120)

Rot-Grün, Schwarz-Grün oder doch Rot-Rot-Grün?

Welche Koalitionsmöglichkeiten stehen nach dem 9. Mai für die Grünen eigentlich zur Option? Folgender Text soll versuchen darüber Klarheit zu schaffen.

Das Fünfparteiensystem auf Bundesebene und in vielen Bundesländern ist eine Realität, die die Bildung von Koalitionen prinzipiell erschwert. Deshalb setzen die Grünen seit längerem verstärkt auf Eigenständigkeit und stehen für eine Politik der linken Mitte. Wir wollen als GRÜNE eine mögliche Koalition daran messen, wie viel grüne Politik sich in einer möglichen Regierungskonstellation umsetzen lässt, und ob es gelingt, eine ökologisch-soziale Wende für NRW einzuleiten.

Eigenständigkeit heißt für uns GRÜNE in NRW klar Position zu beziehen:

- für eine ökologische Politik, die für die Schutzinteressen von Mensch und Natur eintritt und Wirtschaft und Umwelt miteinander versöhnt,
- für eine Bildungspolitik, die soziale Gerechtigkeit und bessere Leistungen schafft,
- für eine soziale Politik, die Chancengleichheit und Teilhabe ermöglicht und Verteilungsgerechtigkeit herstellt,
- für eine Bürgerrechtspolitik, die

Demokratie stärkt, Freiheit sichert und Minderheiten schützt.

Wenn also nach der Wahl die Situation eintritt, dass eine Regierungsbildung unter grüner Beteiligung rechnerisch möglich wäre, dann legen wir diese Kriterien als Messlatte an. Doch jede Regierung mit grüner Beteiligung wird eine Koalitionsregierung sein, die Kompromisse zwischen unterschiedlichen Interessen schließen muss.

Was geht, und was geht nicht:

Wir Grüne haben klar festgelegt, dass wir wieder eine rot-grüne Regierung anstreben, wenn die Mehrheitsverhältnisse es zulassen. In einer Koalition mit der SPD sehen wir nach wie vor die meisten politischen Übereinstimmungen und die besten Möglichkeiten, unsere grünen Positionen umzusetzen.

Bündnisse mit anderen Parteien sind eindeutig die „zweite Wahl“. Hier müssen wir abwägen, ob eine Regierungsbeteiligung einer Entwicklung des Landes im Sinne der grünen Ziele nutzt, oder ob wir in der Opposition mehr ausrichten können (schließlich haben wir nie gesagt, Opposition sei „Mist“).

Wir haben jedoch eine Fortsetzung von schwarz-gelb mit grüner

Beteiligung (Jamaika) ausgeschlossen. Wer die bestehende Landesregierung ablösen will kann nicht zu ihrer Verlängerung beitragen. Wir sehen auch nicht, wie eine solche Koalition inhaltlich begründet werden könnte.

Wir schließen auch eine Tolerierung einer rot-grünen Koalition durch „Die Linke“ klar aus. Eine Landesregierung kann ihre Entscheidungen nicht von Fall zu Fall von einer Partei abhängig machen, die dann für diese Entscheidungen keine Verantwortung übernimmt.

Die Interessen der Anderen

Es gibt ein reges öffentliches Interesse daran, „Schwarz-grün“ herbei zu reden und zu schreiben. Die Konstellation ist neu und erregt deshalb das Interesse der Medien. Die CDU will sich aus der Umklammerung der abstürzenden FDP lösen, ohne sich ganz daraus zu befreien, deshalb wird dort in letzter Zeit öfter mal „grün geblinkt“. Und die SPD versucht mit dem „Schreckgespenst schwarz-grün“ die rot-grünen WählerInnen an sich zu binden. Davon wollen wir uns und sollten Sie sich nicht beirren lassen.

Wir Grünen in NRW versichern Ihnen, dass wir nur einen solchen Koalitionsvertrag unterschreiben würden, dessen grüner Faden sehr gut sichtbar ist. Doch dieser Faden ist um so stärker, je mehr Menschen uns wählen. Deshalb bitten wir Sie um Ihre Stimme für Grün am 9. Mai 2010.



Wasserqualität in der Ems

Die Giftkonzentration mit perfluorierten Tensiden (PFT) ist weniger geworden, aber noch ist keine Entwarnung angesagt.

Keine Entwarnung in Telgte bei der Belastung der Ems mit perfluorierten Tensiden. Diese Stoffgruppe der PFT steht unter dringendem Verdacht, Krebs zu verursachen. Die Planungen zur Änderung des Produktionsprozesses mit dem Ziel einer sauberen Produktion sind im Verursacherbetrieb angelaufen. Die technische Umsetzung wird noch einige Monate dauern.

Bei Wasserproben im November des Vorjahres konnte eine erfreuliche Abnahme der PFT-Konzentration sowohl am Auslauf der Kläranlage in Telgte, als auch bei dem beprobten Verursacherbetrieb in Telgte festgestellt werden. Die letzte Probeentnahme bei der Kläranlage wurde am 20.01.2010 genommen. Das Analyseergebnis vom 20.01.2010 aus dem Abwasser der Kläranlage zeigt wieder steil nach oben. Von 43 ng/l auf nunmehr 230 ng/l, s. auch das Diagramm. Das ist sehr unbefriedigend.

Im Januar hat es ein Fachgespräch in den Räumen des Verursacherbetriebes zum Thema „Vermeidung der PFT-Einleitung“ gegeben. Hier wurden verschiedene Maßnahmen besprochen. U.a.: Keine

weitere Verwendung von PFT-haltigen Zusätzen, Änderung des Produktionsverfahrens mit dem Ziel der Schadstoffvermeidung, Einbau eines Schadstofffilters und Festlegung einer neuen Probeentnahmestelle. Während der Einsatz eines PFT-freien Ersatzstoffes und die neue Probeentnahmestelle nach Angabe der Betriebsleitung bereits umgesetzt wurden, werden die weiteren Maßnahmen wegen größerer technischer Umbaumaßnahmen noch einige Monate dauern.

Noch hat der Umweltminister, Herr Uhlenberg, für NRW keine Grenzwerte für die Einleitung von PFT-haltigen Schadstoffen festgesetzt. Das Landesamt für Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) hat aber den für die Kontrolle vor Ort zuständigen Dienststellen inzwischen Bewertungsmaßstäbe für die PFT-Konzentration in NRW herausgegeben.

In diesen Bewertungsmaßstäben heißt es u.a.:

„zum Schutz von Grundwasser, Oberflächenwasser, Rohwasser, Abwasser

Aus Vorsorgegründen wird der für Trinkwasser empfohlene LW von $\leq 0,3 \mu\text{g/l}$ (Summe PFOA+PFOS) auch für die Bewertung von Grundwasser,

Oberflächenwasser, Rohwasser und Abwassereinleitungen (Kläranlagen, industrielle Direkt- und Indirekteinleitungen) verwendet. Bei Überschreitung erfolgt eine Ursachenermittlung und werden Gegenmaßnahmen eingeleitet.

Als langfristiges Mindestqualitätsziel für Gewässer wird darüber hinaus die Einhaltung bzw. Unterschreitung des Zielwertes (=GOW) von $\leq 0,1 \mu\text{g/l}$ (PFOA und PFOS,

evtl. weitere PFT) angestrebt.

Die Trinkwasserkommission rät mit Pressemitteilung vom 07.08.2007 für den generationsübergreifenden Schutz, regulatorische Entscheidungen im Einzugsgebiet mindestens an dieser Zielvorgabe auszurichten.“

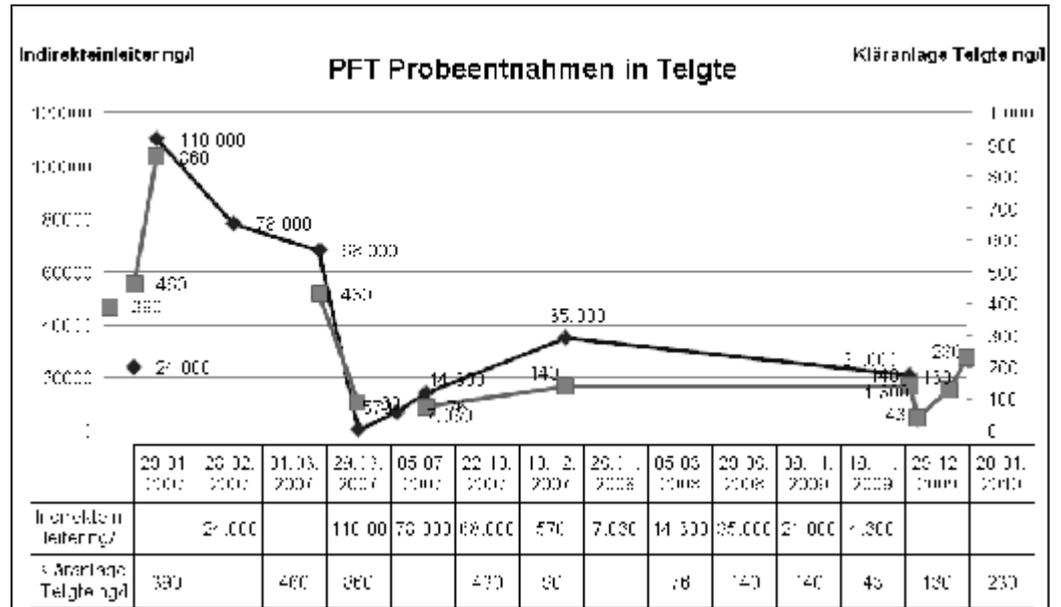
(Hinweis der Redaktion: 0,3 $\mu\text{g/l}$ = 300ng/l, LW=Leitwert, PFOA= Perfluoroktansäure, PFOS= Perfluoroktansulfan-

säure, Indirekteinleitungen= Einleitungen in die Kanalisation, Direkteinleitungen= Einleitungen z.B. in die Ems, GOW= Gesundheitlicher Orientierungswert.)

Auch hier ist zu erkennen, PFT gehört nicht in die Umwelt. Alle beteiligten Fachgremien wissen um die Gefährlichkeit des Giftstoffes PFT, nur der Umweltminister, Herr Uhlenberg, schreibt weiter mit gespaltener Feder.

Soweit der Stand bis zum Redaktionsschluss des Pöggsken.

j.t. grüne ratsfraktion



Erläuterung des Diagramms

Die Analysewerte aus dem indirekt einleitenden Betrieb sind etwa 100- bis 200-mal so hoch wie die Analysewerte aus dem Abfluss der Kläranlage. Die Ursache liegt in der Verdünnung im Klärsystem durch weiteres Abwasser und durch Regenwasser. Die Schadstoffanteile

schwanken sehr stark in ihrer Konzentration zueinander. Die Ursache liegt in der unregelmäßigen Zuführung des PFT-belasteten Abwassers in das städtische Kanalnetz. Die in die Kläranlage eingeleiteten Abwässer benötigen mehrere Tage bis zum Abfluss in die Ems.

Möglichkeiten zur

interkommunalen Kooperation im Beschaffungswesen prüfen!

Mit einem Antrag zur Haushaltsberatung im Finanzausschuss am 25. März möchte die Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Verwaltung bitten, alle Möglichkeiten für eine interkommunale Kooperation im Bereich Beschaffungswesen, Wartungs- und Unterhaltungsverträge etc. zu prüfen und umzusetzen.

Dabei sollen Einsparpotenziale für den städtischen Haushalt ebenso angestrebt werden wie die Berücksichtigung

von Sozial- und Umweltstandards.

Aus Sicht der GRÜNEN Fraktion sind die Möglichkeiten der interkommunalen Kooperation der Stadt Telgte im Bereich Beschaffungswesen, Wartungs- und Unterhaltungsverträge etc. noch längst nicht ausgeschöpft. Für eine vergaberechtssichere Berücksichtigung von Sozial- und Umweltstandards bietet das Vergaberecht seit der Novelle vom April 2009 ausreichende Möglichkeiten.

w.p. grüne ratsfraktion

Die Gaststätte für „Jung und Alt“! Mit Biergarten



Im wilden Mann
Im Michael-Brandes
Emsstraße 25

☎ (02504) 6900

- Mo.-Fr.: 17.00 - 1.00 Uhr
- Mittwochs Ruhetag
- Samstags, Sonntags - Feiertags ab 10.00 Uhr Frühbuchungen



Zur Sitzung des Haupt- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 3. Februar brachten die GRÜNEN einen Antrag unter dem Titel „Förderung der Barrierefreiheit im Innenstadtbereich“ ein. Und obwohl die Zielsetzung von der Verwaltung und von allen Parteien unterstützt wurde, gab es politischen Streit über die Initiative.

Zum Hintergrund: Seit dem 1. Januar 2009 gilt in Deutschland die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. In diesem Übereinkommen der Vereinten Nationen verpflichten sich die Vertragsstaaten zu geeigneten Maßnahmen, um

Förderung der Barrierefreiheit im Innenstadtbereich

Politischer Streit über eine Idee, die alle unterstützen

Menschen mit Behinderungen den gleichberechtigten Zugang zur physischen Umwelt, zu Transportmitteln sowie Information und Kommunikation zu ermöglichen. "Barrierefreiheit" bedeutet einen umfassenden Zugang und uneingeschränkte Nutzungschancen aller gestalteten Lebensbereiche.

Gerade der Innenstadtbereich von Telgte stellt mit seinen gepflasterten Straßen und

Gehwegen ein Problem hinsichtlich der durchgängigen Barrierefreiheit dar. Deshalb hatte die Stadt vor Jahren begonnen, in Zusammenarbeit mit Menschen mit Behinderungen einzelne Wegeverbindungen im Zentrum zu verbessern. Diese Maßnahmen in der Kapellenstraße und am Markt sind aber aus Sicht der GRÜNEN letztlich „Inseln“ geblieben.

Viele ältere und/oder mobilitätseingeschränkte Menschen klagen über das „schlechte Pflaster“ und über die schwere Passierbarkeit im Rollstuhl oder mit dem Rollator. Über einen durch Schäden in der Pflasterung verursachten Unfall berichteten Ende letzten Jahres die *Westfälischen Nachrichten*, eine Liste in ähnlicher Weise „geschädigter Bürger“ ist den Fraktionen Anfang Januar übermittelt worden.

Aus Sicht der GRÜNEN stellt eine komplette Umgestaltung der sanierten Innenstadt (oder auch eine Asphaltierung bestimmter Wegeverbindungen) keine vernünftige Lösung dar. Die Altstadt hat durch die Umgestaltung Ende der 80-er Jahre ein hohes Maß an Atmosphäre und gestalterischer Qualität erhalten.

Dennoch müssen – nach inzwischen über 20 Jahren – die beschriebenen Mängel schrittweise behoben werden, um den Anforderungen und Wünschen der Telgter/innen nach besserer Begehrbarkeit gerecht zu werden.

Neben einer schnellen und kurzfristig durchzuführenden Behebung der gravierendsten Mängel (die nach der Frostperiode ohnehin erforderlich ist) sollte ein Zeit- und Arbeitsplan erstellt werden, um die Pflasterung nach und nach in Stand zu setzen, zu erneuern und insgesamt barrierefrei begehbar zu machen.

Die Verwaltung sollte deshalb durch den Antrag der GRÜNEN beauftragt werden,

- kurzfristig die vordringlichsten Reparatur- und Instandsetzungsmaßnahmen am Straßenpflaster in der Altstadt und ggf. an anderen Stellen im Stadtgebiet so auszuführen, dass die Passierbarkeit für Rollstuhlfahrer/innen, Nutzer/innen von Rollatoren und ältere oder gehbehinderte Personen verbessert und unfallträchtige Stellen entschärft werden.

- eine systematische Untersuchung der Geh- und Fahrbereiche in der Altstadt (und ggf.

anderer Stellen im Stadtgebiet) durchzuführen, um den Handlungsbedarf zur Schaffung baulicher Barrierefreiheit im Innenstadtbereich ermitteln zu können.

- an der Erarbeitung von Verbesserungsmaßnahmen Menschen mit Behinderungen (mobilitätsbehinderte Menschen, Rollstuhlfahrer/innen, Menschen mit Sehbehinderungen etc.) und/oder Vertreter/innen von Behindertenverbänden zu beteiligen.

- und langfristig einen „Runden Tisch Barrierefreiheit“ vorzubereiten, um die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in allen Bereichen voranzubringen und zu begleiten.

Insbesondere die SPD-Fraktion kritisierte den Vorstoß der GRÜNEN, weil sie – die SPD – es doch gewesen sei, die das Thema schon im letzten Jahr in ihrem Wahlprogramm aufgegriffen und entsprechende Anträge angekündigt habe. Mit einer solchen Haltung ist natürlich im politischen Raum schwer umzugehen. Nach längerem Hin und Her verzichtete die GRÜNE Fraktion auf eine förmliche Abstimmung und legte das Anliegen – das ja inhaltlich alle Fraktionen teilten – vertrauensvoll zur Umsetzung in die Hände der Verwaltung. Und damit war die von der SPD selbst aufgebaute Barriere entfallen, einem GRÜNEN Antrag zustimmen zu müssen. Barrierefreiheit kann so schön sein ...

w.p. grüne ratsfraktion



Das Pflaster der Altstadt stellt für viele ein Problem dar.

Schilder - SCHILDA -Schilder

Das Land NRW hat aus dem Zukunftsinvestitionsgesetz der Stadt Telgte 715.374 € für den Investitionsschwerpunkt Infrastruktur bewilligt.

Der Rat hat aus diesen Mitteln eine überplanmäßige Sanierung von Wirtschaftswegen beschlossen. Fünfkommastieben km der Klasse 5 (schlechtesten) sind bis Ende 2009 zur Freude der anliegenden Landwirte und sonstiger Anwohner damit saniert worden. Aufgeteilt in 14 Streckenabschnitte, der kürzeste 128 m, der längste 1,34 km.

Die Stadt hat dafür viele Veranstaltungen mit den Anliegern durchgeführt, mit dem

Ergebnis von 175 positiv geschlossenen Verträgen.

Bei der Beschlussvorlage im Rechnungsprüfungsausschuss fiel der Posten "Kosten für Schilder" gleich hoch für jeden Streckenabschnitt mit 138,32 € ins Auge. Also 14 mal 138,32 macht 1659,34 €.

Liebe Bürger, wenn Sie demnächst wieder auf Pättkestour sind, erkennen Sie die sanierten Abschnitte an den aufgestellten Schildern mit Auskunft über die Herkunft der Mittel. Wie viele solcher Schilder demnächst in ganz NRW stehen, weiß ich nicht, aber sicher nicht nur die 14 Telgter Wegeschilder.

Bei allen Informationen ist zu bedenken, dass die hier verbrauchten Mittel sprich Euro, ab 2012 die Telgter Zuschüsse aus Landesmitteln reduzieren.

r.s. grüne ratsfraktion





SOLAR KONZEPT

- Thermische Solaranlagen
- Photovoltaik
- Pelletheizungen

• Verkauf • Beratung • Planung • Hilfe bei Selbsteinbau • Montage •

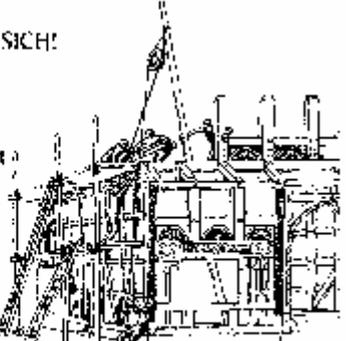
W. Schneider-Reif
Kamenzstraße 8
48351 Everswinkel

Tel.: (02582) 902216
E-Mail: solar-konzept@t-online.de
www.solar-konzept.net

ALTES ZU ERHALTEN LOHNT SICH!

Wir restaurieren für Sie:
Fachwerk, Gauben, Dachstühle
Alles was zu einem historischen Haus gehört

Wir bauen und entwerfen für Sie:
Gartenhäuser, Pergolas, Verandas,
und vieles mehr, fragen Sie uns



Zimmerer • Restaurierung
KLAAS STIEGEMEIER-OEHLÉN
Tel.: 02504 - 5959 in Telgte

Haushalt 2010

Musikschule nicht kaputt sparen!

Auf Vorschlag der Stadtverwaltung zum Haushaltsplan 2010 sollen die Ansätze für die Musikschule in diesem Jahr um 7.500,- Euro gegenüber dem Vorjahr, und im kommenden Jahr noch einmal um weitere 10.000,- Euro gekürzt werden. Eine solche pauschale Kürzung würde nach Auffassung der GRÜNEN – falls der Rat diesem Vorschlag der Verwaltung folgt – ohne eine wirkliche Abschätzung der Folgen für das Angebot, die Struktur und das Finanzgefüge der Musikschule gefährden.

Deshalb hat die Fraktion jetzt beantragt, die Kürzungen zunächst auszusetzen. Mit der Musikschule sollte stattdessen

eine Zielvereinbarung geschlossen werden, die ihr die Möglichkeit gibt, in den kommenden 2 – 3 Jahren durch eigene Anstrengungen und Projektideen den Zuschussbedarf möglichst zu reduzieren. Beschlüsse zu einer Veränderung des städtischen Zuschusses sollen erst dann beraten werden, wenn ein Bericht zur

Umsetzung der entsprechenden Zielvereinbarung erfolgt ist.

Dem zuständigen Schul- und Kulturausschuss sollte dazu ein Bericht über die Situation, die Entwicklungsmöglichkeiten und das Potenzial für Umstrukturierungen hinsichtlich Angebot und Finanzierung vorgelegt werden. Pauschale Kürzungen nach der Rasenmähermethode würden demgegenüber die wichtige Arbeit der Musikschule gefährden oder sie auf diese Weise sogar schleichend kaputt sparen.

w.p. grüne ratsfraktion



Leistungsfähigkeit der Stadttouristik erhalten

Die Stadttouristik im Treffpunkt Telgte ist seit vielen Jahren ein fest etablierter Baustein im Angebot der Stadt für Gäste, Touristen und Wallfahrer, und auch für die Telgter Bürger/innen selbst. Die Dienstleistungen und der Service der Stadttouristik sind ein Aushängeschild für unsere Stadt. Jetzt plant die

Stadtverwaltung aus Kostengründen eine deutliche Reduzierung des Stundenanteils der dort beschäftigten Fachkräfte.

Am 25. März wird der Finanzausschuss darüber beraten müssen, ob die vorgeschlagene Kürzung der Personalstunden um über 20 Prozent umgesetzt werden soll oder ob es Alternativen gibt. Der

Hauptausschuss hatte erst im Jahr 2008 eine Neukonzeption und Neuausrichtung der Stadttouristik beschlossen, die Umsetzung sollte mit Unterstützung eines Fachbüros erfolgen. Die im Haushalt 2009 dafür eingestellten Finanzmittel wurden allerdings nicht für Zwecke der Beratung und Konzeptumsetzung eingesetzt. Ergebnisse von internen Workshops zur Stadttouristik sind bisher dem Rat auch nicht konkret vorgestellt worden.

Die GRÜNEN haben deshalb für die Haushaltsberatungen beantragt, die Kürzung der Personalkosten zunächst auszusetzen und das Tourismuskonzept mit Nachdruck weiter zu verfolgen.

Reduzierte Öffnungszeiten oder ein nicht zeitgemäßes Touristikangebot dürften der Stadt auf Dauer schaden, positive Effekte für Gastronomie, Beherbergungsbetriebe, Einzelhandel etc. würden ausbleiben. Um einen „Mehrwert“ für die ganze Stadt Telgte nicht zu gefährden, sollten die erforderlichen Kräfte und Ressourcen für die Stadttouristik aus Sicht der GRÜNEN gebündelt und verstärkt werden.

w.p.



Die Stadttouristik ist ein Aushängeschild unserer Stadt.

GRÜNE zum Haushalt 2010: Der Rat könnte selbst einen Sparbeitrag leisten

Die Arbeit im Stadtrat und in den Fachausschüssen und Fraktionen ist eine ehrenamtliche Tätigkeit, die viel Zeiteinsatz und Energie erfordert. Ratsmitglieder bekommen für diese Tätigkeit eine monatliche Aufwandsentschädigung von derzeit 187,30 Euro. Dieser Betrag wird vom Innenministerium festgelegt. Für die Haushaltsberatungen am 25. März beantragen die GRÜNEN jetzt eine – auch zulässige – Umstellung dieser Zahlung auf die Kombination einer geringeren Monatspauschale (derzeit 100,80 €) mit einem Sitzungsgeld (derzeit 17,30 € pro Sitzung).

Die – in Telgte bis in die 80er Jahre hinein geltende – Kombination einer geringeren Monatspauschale und eines Sitzungsgeldes für die Zahlung von Aufwandsentschädigungen an Ratsmitglieder dürfte zu erkennbaren

Einsparungen für den städtischen Haushalt führen. Vor einigen Jahren bezifferte die Verwaltung die möglichen Einspareffekte (bei einem damals allerdings noch etwas größeren Rat) mit 9.000,- bis 12.000,- Euro bei leicht höherem Abrechnungsaufwand.

Mit der beantragten Umstellung könnten die Fraktionen und jedes einzelne Ratsmitglied einen Beitrag zur Kostenbegrenzung und Einsparung öffentlicher Mittel leisten. Die eintretenden Kürzungen für die Ratsmitglieder dürften auch deshalb vertretbar sein, weil die Mittel ausdrücklich der Entschädigung eines tatsächlichen Mehraufwandes durch die Mandatswahrnehmung dienen sollen und keine wie auch immer geartete „Bezahlung“ darstellen.

w.p. grüne ratsfraktion

Unterstützung für die Jugendarbeit

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN möchte zum Haushaltsjahr 2010 mit zwei Anträgen die Jugendarbeit in Telgte unterstützen: Das Jugendwerk e. V. soll mit 12.000 € in die Lage versetzt werden, das Jugendcafé in bisheriger Form weiterzuführen. Den Grünen ist es wichtig, dass die personelle Kontinuität in der Betreuung erhalten bleibt. Da andere öffentliche Zuschussgeber wegfallen, würde es sonst zu Einschränkungen im Angebot der Jugendarbeit kommen. Kritisch merken die Grünen allerdings die Form und den Zeitpunkt an, in der der finanzielle Engpass bekannt wurde. Diese Perspektive dürfte Vorstand und Geschäftsführung schon länger bekannt gewesen sein. Um von Seiten der Politik nicht immer kurzfristig auf solche „Notstandsmeldungen“ reagieren zu müssen, wird der Verein gebeten, dem Fachausschuss im Herbst 2010 Vorschläge für die zukünftigen Angebote und deren Finanzierung vorzustellen.

Auch über die aufsuchende, „mobile“ Jugendarbeit soll nach dem Wunsch der Grünen Ratsfraktion berichtet werden. Hintergrund ist, dass die Verwaltung im Vorbericht zum Haushaltsplan 2010 mitteilt, dass es ab dem Jahr 2011 zu Kürzungen des Personalkostenanteils der Stadt Telgte für die aufsuchende Jugendarbeit kommen soll. Ferner solle die Jugendarbeit „konzeptionell aufgearbeitet“ und die vorgesehenen Kürzungen „durch Personalverschiebungen“ aufgefangen werden. Derartige Überlegungen sind aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN nicht dazu geeignet, über Randnotizen im Haushaltsplan eingebracht und mitgeteilt zu werden. Die Vorstellungen der Verwaltung und ihre Auswirkungen auf das reduzierte Angebot der offenen Jugendarbeit sollten deshalb im Fachausschuss erläutert und dort auch in Absprache mit dem zuständigen Kreisjugendamt beraten und begleitet werden.

k.m. grüne ratsfraktion

17. Juni 2008: Der hessische Landtag beschließt mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken die Abschaffung der Studiengebühren – noch während der Amtszeit der schwarz-gelben Regierung. Deren Ministerpräsident Roland Koch (CDU) kündigte an, auch nach den Neuwahlen die Studiengebühren nicht wieder einführen zu wollen. Auch die Jamaika-Koalition im Saarland hat – mit Ausnahme von Langzeitstudiengebühren – die Campus-Maut abgeschafft. Kommt als nächstes NRW?

Was geschah bisher?

Vor fünf Jahren erklärte das Bundesverfassungsgericht das Verbot von Studiengebühren im Hochschulrahmengesetz für nichtig. Wenig später begannen die schwarz-gelb-regierten Länder mit der Einführung von Studiengebühren. So auch in NRW 2006. Nach dem so genannten „Hochschulfinanzierungsgerechtigkeitsgesetz“ wurde es den Hochschulen ermöglicht Gebühren bis zu 500 Euro pro Semester zu kassieren. Viele Hochschulen nutzen diese Möglichkeit voll aus, einige haben niedrigere Gebühren (z.B. Münster mit 275 Euro), nur sehr wenige Hochschulen verzichten komplett auf die finanzielle Zugangsbeschränkung.

Warum (gegen) Studiengebühren?

Die Befürworterinnen und Befürworter von Studiengebühren berufen sich auf wenige Argumente, die bei genauer Betrachtung wie ein Kartenhaus in sich zusammenfallen.

Kick it like Hessen

Schafft NRW die Studiengebühren ab?



• Es heißt die Hochschulen bräuchten das Geld.

Gegen die Aussage ist zunächst nichts einzuwenden. Hochschulen sind – wie auch andere Bildungseinrichtungen – chronisch unterfinanziert. Studiengebühren tragen aber nicht zur Lösung des Problems bei. Vielmehr findet eine Verlagerung von einer Finanzierung durch öffentliche Mittel hin zu einer Finanzierung durch Gebühren statt. Schon jetzt lässt sich feststellen, dass die staatliche Unterstützung von Hochschulen im Verhältnis zur Anzahl der Studierenden seit 2005 zurückgegangen sind.

• Es heißt Studiengebühren würden nicht vom Studium abschrecken.

Neueste Untersuchungen belegen das Gegenteil: In einer Studie des Hochschul-Informations-Systems (HIS) im Auftrag der Bundesbildungsministerin Schavan (CDU) heißt es: „Durch die Einführung von Studiengebühren verzichtet eine nennenswerte Zahl von Studienberechtigten auf das ursprünglich beabsichtigte Studium“. Eine Allensbach-Studie zeigt zudem, dass Studienberechtigte

mit finanziellen Problemen besonders abgeschreckt werden: Von Abiturientinnen und Abiturienten, die mit Finanzierungsschwierigkeiten rechnen, streben nur 44 Prozent ein Studium an. Bei denjenigen, die keine Schwierigkeiten erwarten, sind es 79 Prozent. Studiengebühren verschärfen die ohnehin schon große soziale Selektivität unseres Bildungssystems. Daran ändern selbst so genannte „sozial verträgliche Finanzierungssysteme“, wie die Studienkredite, nichts.

• Es heißt, wer später viel verdiene, müsse auch für seine/ihre Bildung zahlen.

Das Argument ist nicht neu: „Warum sollte die Krankenschwester das Studium des späteren Chefarztes finanzieren?“. Skeptisch macht zunächst, dass dieses Argument von denjenigen genannt wird, die sonst alle sozial gerechten Umverteilungsmaßnahmen mit Verweis auf die Wettbewerbsfähigkeit oder die Standortsicherung ablehnen und in den letzten Jahren Belastungen für Reiche und Besserverdienende gesenkt haben. Aber auch sonst ist das Argument hinfällig: Bei Studiengebühren

zahlen alle gleich viel: egal, ob man später arbeitslos oder vollzeitbeschäftigt, Sozialarbeiter oder Top-Managerin ist. Personen, die ohne Studium Geld verdienen (z.B. aus Kapitalerträgen), werden gar nicht belastet, Menschen, die ihr Studium nicht beenden (können), hingegen schon.

Wie geht's weiter?

Am 9. Mai sind Landtagswahlen. Neuste Umfrageergebnisse deuten darauf hin, dass CDU und FDP ihre Mehrheit verlieren könnten. „Wir stehen für ein gebührenfreies Studium“ (SPD), „Wir schaffen Studiengebühren ab“ (Grüne) und „Wir wollen die Studiengebühren in NRW sofort abschaffen“ (Linke) beteuern die anderen Parteien. Uneinigkeit deutet sich jedoch schon bei der Wahl der Zeitpunkt an: Die SPD-Spitzenkandidatin Hannelore Kraft kündigte gegenüber den Ruhr Nachrichten an, die Studiengebühren nur „bis Mitte der Legislaturperiode“ „schrittweise“ abzuschaffen. Fraglich bleibt auch, ob die Gebührengegnerinnen und -gegner ihre Position bei allen möglichen Regierungskonstellationen (z.B. CDU/Grüne oder CDU/SPD) beibehalten werden.

Viele Studierenden interessieren sich hingegen weniger für machtpolitische „Wer-mit-wem“-Spiele. Sie wollen die Studiengebühren loswerden und gehen dafür zusammen mit Schülerinnen, Schülern und Auszubildenden auf die Straße. Bei einem dezentralen Aktionstag am 22. April, bei einer Demonstration am 5. Mai in Düsseldorf und beim nächsten bundesweiten Bildungsstreik am 9. Juni.

David Werdermann
bildungsperspektive-nrw.de
bildungsstreik.net



Inhaber: Martin König
Grabenstr. 1, Tel 77119
Mo-Fr: 14-18:30, Sa 9-13
www.fahrrad-könig.de

bioladen*

Osterangebot Regenbogenforellen



Deutschland
kg 16,90 €

Pilze im Körbchen



Deutschland
500g 9,95 €

Vorbestellung erbeten

KORNBLUME
NATURKOSTMARKT

Telgte, Schleifstiege 15 - 17
Telefon 0 25 04/ 15 65
durchgehend geöffnet

mindermann
Augenoptik am Balßfeld

Ursula Mindermann
Dipl.Ing für Augenoptik

Balßfeld 12 • 48291 Telgte
Fon 0 25 04 - 50 50
www.mindermann-angenoetik.de

Impressum »dat Pöggskén«

Zeitung der GRÜNEN Telgte

Hrsg.: Ratsfraktion
und Ortsverband von
Bündnis 90/DIE GRÜNEN

erscheint: ...3 bis 4 Mal im Jahr

Auflage: ... 8.000 Stück

Anschrift: ... Wolfgang Pieper
Ritterstr. 4
48291 Telgte

V.i.S.d.P.: ... Wolfgang Pieper

Textbeiträge: ... Mitglieder
und Mitarbeiter/innen der
grünen Ratsfraktion Telgte

Marian Husmann (m.h.), Valerie Kelling (v.k.), Gerd Klünder (g.k.), Uschi Mindermann (u.m.), Katja Müller (k.m.), Wolfgang Pieper (w.p.), Joachim Thiel (j.t.), Armgard Werdermann (a.w.), Uwe Werdermann (u.w.e.)

Die mit „grüne ratsfraktion“ gekennzeichneten Artikel sind Veröffentlichungen der Grünen Ratsfraktion.

Kommt die Kopfpauschale?

Seit der Bundestagswahl letzten Jahres, bei der schwarz-gelb an die Regierung kam, geistert der Begriff der Kopfpauschale durch die Medien. Die Kopfpauschale bezeichnet einen gleich bleibend hohen Geldbetrag, den jeder Bürger in die Krankenkasse monatlich ein-zahlt. So muss die Verkäuferin im Discounter den gleichen Betrag zahlen wie der gut verdienende Abteilungsleiter.

Das Prinzip der Solidargemeinschaft – Geringverdienende zahlen wenig, Gutverdienende mehr – wird damit ausgehebelt.

Schon jetzt verkneifen sich viele finanziell schlecht gestellte den Arztbesuch wegen der Praxisgebühr. Ärzte, die in sozialen Brennpunkten praktizieren, klagen darüber, dass die Patienten die selbst zu bezahlenden oder auch auf Rezept verordneten Medikamente nicht kaufen können.

Was sein wird, wenn jeder Krankenversicherungspflichtige 130 bis 150 Euro pro Monat zahlen muss, ist kaum vorstellbar.

Wenn Sie dagegen protestieren wollen, unterschreiben Sie online bei www.campact.de.

a.w.





Inhaber: Martin König
Grabenstr. 1, Tel 77119
Mo-Fr: 14-18:30, Sa 9-13
www.fahrrad-könig.de

Ihr Fahrrad-Spezialist in Telgte

Fahrräder 2010

GREEN'S Westminster

3-Gang Nabendynamo **399,- €**



Kommen Sie zur Probefahrt – Wir beraten Sie gern und unverbindlich

Service und Reparatur
Für uns selbstverständlich

Glas · Porzellan · Fahrräder

VOGT

18291 Telgte · Ritterstraße 17
gegenüber der Feuerwehr

Tel. 02504/21 96 · Fax 02504/77377

Öffnungszeiten

Tägl. 9–13 u. 14.30–18 Uhr, Sa. 9–13 Uhr
Montagschließtag geschlossen.

Volle Häuser für Wolfgang Pieper



In drei Veranstaltungen unter dem Namen „Ich stelle mich (vor)“ diskutierte Wolfgang Pieper mit Interessierten die aktuelle Politik der Stadt. Insgesamt folgten in Westbevern, Telgte und Raerstrup ca.

400 Telgterinnen und Telgter den Einladungen. Das Bürgerhaus in Telgte füllten 250 Menschen bis in die Empore.

Wolfgang Pieper kündigte an, das Gespräch mit den

Bürgerinnen und Bürgern in dieser Form auch als Bürgermeister regelmäßig zu suchen, um die Problemlagen auch in den Ortsteilen zu erfassen. Diese waren durchaus unterschiedlich. In Vadrup spielte

die Entwicklung der Grundschule und der gefährdete Erhalt der zwei Standorte eine große Rolle. Auch eine bessere Anbindung nach Telgte wurde diskutiert. Das Gespräch in Telgte drehte sich in erster Linie um die Altstadt. Hier zeigte sich, dass der Konflikt mit dem Standort „Orkotten“, die Barrierefreiheit und die Verkehrsführung nicht nur die Politik, sondern ebenso die Bürgerinnen und Bürger beschäftigen. In Raerstrup wurde dem „Kandidaten“ Pieper im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung auf den Zahn gefühlt. Ein weiteres Thema war natürlich die Verlegung der Haltestelle Raerstrup nach Müssingen.

Insgesamt ziehen die Grünen eine absolut positive Bilanz. An dem starken Applaus am Ende jeder Veranstaltung konnte man ablesen, dass eine transparente politische Kultur eine Aufgabe des nächsten Bürgermeisters sein wird.

g.k.

Vertreter der Verwaltung haben die Befürchtung geäußert, dass die Stadt Telgte Schadenersatzansprüche in Millionenhöhe an den Investor Kirchner-Immobilien leisten müsse, sollte der Bebauungsplan nicht umgesetzt werden können.

Zur Erinnerung: Das Oberverwaltungsgericht Münster hat mit Urteil vom 24. 02. 2010 den Bebauungsplan

„außer Vollzug gesetzt“. Die wesentlichen Gründe sind:

- Nach den im Rat beschlossenen Änderungen hätten Öffentlichkeit und Behörden erneut beteiligt werden müssen.

- Unklar ist, welcher Planentwurf der Satzung zugrunde gelegt wurde. Das Gericht wörtlich: „Die mit dem Ausfertigungsvermerk versehene Urkunde stimmt nicht mit dem Entwurfsexemplar überein“.

- Die Auswirkungen des Verkehrslärms sind nicht fehlerfrei ermittelt worden.

Derzeit gibt es also keinen gültigen Bebauungsplan. Für Verwaltung, Politik, Investor, Anlieger und Kläger stellt sich nun die Frage: Wie geht es weiter?

Das Urteil zeigt, dass es im Hinblick auf die zu erwartenden Lärmimmissionen vielleicht doch keine so gute Idee ist, in unmittelbarer Nähe zur B51 eine Wohnbebauung vorzusehen. Die Verwaltung müsste deshalb erwägen, von einer solchen Bebauung ganz Abstand zu nehmen. Das würde sich weitgehend mit den Forderungen der Anlieger/Kläger decken, nämlich die Bebauung auf das Gelände des ehemaligen Michaelsheims zu

beschränken. Die GRÜNEN haben diese Lösung von Anfang an favorisiert. Inzwischen könnte wohl ein Großteil des Rates dem folgen.

Was hat es aber mit den Schadenersatzansprüchen in Millionenhöhe auf sich? Soll mit solchen Äußerungen der Eindruck erweckt werden, als wäre die Stadt gezwungen, zur Vermeidung eines Millionenschadens den bisherigen Bebauungsplan in irgendeiner Form wirksam werden zu lassen? Sollen so der Rat und auch Bürger „auf Kurs gebracht werden“?

Schadenersatz in Millionenhöhe könnte - wenn überhaupt - nur für „entgangenen Gewinn“ geltend gemacht werden. Man darf annehmen, dass die Stadt dem Investor eine solche Zusage nicht gemacht hat. Weshalb also die Millionen? Und überhaupt: Weshalb Schadenersatz? Ein wesentlicher Mangel des Bebauungsplans ist auch, „dass die Auswirkungen des Verkehrslärms

auf der B51 nicht fehlerfrei ermittelt wurden“. Das Schallgutachten wurde durch die Fa. Uppenkamp und Partner, Ahaus erstellt, und von den Architekten WOLTERS PARTNER die „im Auftrag des Vorhabenträgers“ den Bebauungsplan für die Stadt Telgte erstellt haben, in den Bebauungsplan übernommen. Dieser Mangel, der wesentlich zur Unwirksamkeit des Bebauungsplans geführt hat, ist also vom Investor selbst zu vertreten. Die Frage des Schadenersatzes sollte sich deshalb von selbst verbieten.

Eine Frage sollte in diesem Zusammenhang auch erlaubt sein: Wie konnte es zu diesem fehlerhaften Bebauungsplan kommen und wer trägt die Verantwortung dafür? Zumindest die Politik sollte schon deshalb diese Frage erörtern, damit durch mehr Transparenz künftig solche Fehlentwicklungen vermieden werden. Unabhängig davon wird durch die neue Situation für Politik und Verwaltung die Möglichkeit eröffnet, den Bebauungsplan unter Berücksichtigung des Bürgerwillens neu zu gestalten, auch damit städtebauliche Fehlentwicklungen verhindert werden.

Arnold Henninger

Initiativkreis Klatenberge

Bebauungsplan „Klatenberge-Ost: Schadenersatzansprüche in Millionenhöhe?



Drohen der Stadt Schadenersatzansprüche in Millionenhöhe?



Kinder, wie die Zeit vergeht ...

Zwischen diesen beiden Fotos liegen gut 25 Jahre. Als das erste GRÜNE Team (Foto oben) 1984 zur Kommunalwahl antrat und für die Aufnahme auf den Stufen zum Rathaus Platz nahm, waren mit Christa Eisen (3.v.l.), Udo Woltering (ganz rechts) und Wolfgang Pieper (oben rechts) bereits einige Akteure dabei, die über lange Jahre das Gesicht der GRÜNEN in Telgte geprägt haben. Die erste Ratsfraktion 1984 – 1989 bestand aus vier Ratsmitgliedern.

Das hat sich mit der Wiederholungswahl vom Dezember 2009 noch einmal deutlich verändert: Die aktuelle Fraktion besteht aus elf Ratmitgliedern (Foto unten). Von links nach rechts: Gerd Klünder, Reinhild Spitz, Fritz Adriaans, Tatjana Scharfe, Katja Müller, Uli Schlösser, Wolfgang Pieper, Valerie Kelling, Sabine Grohnert, Michael Brandherm und Marian Husmann.



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Ortsverband Telgte

Termine im Rathaus

15.4.10 17 Uhr Rat der Stadt Telgte
20.4.10 17 Uhr Ausschuss für Jugend, Sport,
Senioren und Soziales

Dienstags, 20.15 Uhr (außer in den Ferien und nach Ratsitzungen): offene Fraktionssitzung der GRÜNEN Ratsfraktion

nächste Termine: 13.4.2010, 20.4.10.2010

HELLA BONK

Mineralien und Schmuck

Echte Perlen und Edelsteine ...
individueller Schmuck ...
eigene Entwürfe und Anfertigung ...

Heilsteine, roh und poliert

Emsstraße 3 · 48291 Telgte · Telefon (0 25 04) 33 26

Photovoltaik

Ein **Geschenk** des Himmels!

Investieren Sie mit uns erfolgreich in die **Sonne**.
(Ihre Partnerin, die Ökologie mit Ökonomie verbindet).

Sprechen Sie mit uns -
kostenlose Beratung vor Ort

elektrotechnik

Heinz Rickhoff

Königstr.7 48291 Telgte

Tel. 02504/1709

Fax. 02504/72826

Mail: heinz.rickhoff@yahoo.de

Kennen Sie dieses Zeichen?



Das unabhängige FAIRTRADE-Siegel gibt Ihnen die Sicherheit, dass das Produkt die internationalen Standards des Fairen Handels erfüllt. Mit dem Kauf des Produktes leisten Sie einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Kleinbauern in den Ländern des Südens.

Inzwischen führen viele Geschäfte Produkte aus Fairem Handel, z.B. Kaffee, Tee, Orangensaft oder Schokolade.

Achten Sie bei Ihrem nächsten Einkauf auf dieses Zeichen!

...und natürlich erhalten Sie fair gehandelte Produkte auch hier:

Eine Welt St. Marien
St. Marien

Schleifstiege
Mi 15 - 18 Uhr
Sa 10 - 13 Uhr
So 10.30 - 13 Uhr

Weltladen der
Ev. Kirchengemeinde

An der Petruskirche 4
Mo, Di, Do, Fr 10 - 12 Uhr
So nach dem Gottesdienst

Notinsel Wo wir sind, bist Du sicher

Katja Müller und Marian Husmann, unsere VertreterIn im Kinder und Jugendwerk Telgte e.V. beantragten auf der Mitgliederversammlung des Kinder- und Jugendwerks am 3.2.10 die Teilnahme Telgtes am Projekt Notinsel.

Mit dem Projekt Notinsel hat die Stiftung Hänsel+Gretel die Initiative ergriffen und eine Möglichkeit geschaffen, Kindern in Notsituationen Fluchtpunkte aufzuzeigen, in denen sie Hilfe bekommen.

Notinseln können Einzelhandelsgeschäfte, Bäcker, Metzger, Friseure, kleinere Supermärkte, Apotheken, Banken, Arztpraxen uvm. werden, sofern sie geeignet sind und sich bereit erklären, Kindern zu helfen, wenn diese Hilfe benötigen.

Jedes Notinsel-Partnergeschäft unterschreibt eine Selbstverpflichtung und erhält dann

einen Aufkleber, der gut sichtbar für Kinder angebracht wird. Eine Handlungsanweisung im Laden weist die regionalen Notrufnummern aus und erläutert den Mitarbeitern, was im Notfall zu tun ist.

Auf diese Weise können Kinder in Not in die gekennzeichneten Geschäfte flüchten und sicher sein, dass sie dort kompetente (auch alltägliche) Hilfe finden. Das Netzwerk an Notinseln kann nicht lückenlos sein, muss es auch nicht. Das Signet ist ein wichtiges Zeichen für Kinder, gegen Täter und für ein großes bürgerschaftliches Engagement der Partnergeschäfte.

Da Telgte viele InhaberInnen geführte Geschäfte besitzt, ist hier die Idee von „Notinseln“



für Kinder und Jugendliche gut umzusetzen. BÜNDNIS90/Die Grünen wollen mit dem Antrag versuchen, das Kinder- und Jugendwerk für die Umsetzung des Projekts zu gewinnen. Die Schulung, Koordination und Information kann das Kinder- und Jugendwerk z.B. mithilfe der SchulsozialarbeiterInnen und der Telgter Hanse übernehmen.

In Nordrhein-Westfalen unterstützen bereits 37 Städte, u.a. Münster, Lengerich und Greven das Projekt „Notinsel“. Allein in Greven sind bisher 134 Notinseln entstanden.

Für die Stadt Telgte wäre ein solches kinderfreundliches Engagement auch ein wichtiges Signal mit Außenwirkung. Bündnis90/Die Grünen freuen sich, dass der Vorstand des Kinder- und Jugendwerks diesen Antrag auf einer der nächsten Sitzung weiterverfolgen wird.

u.m.

Grüne spenden für soziale Projekte Regenbogenfonds auf 5000 Euro aufgestockt

Das gute Wahlergebnis, das die Telgter Grünen bei der letzten Kommunalwahl erreicht haben, macht sich jetzt auch beim Regenbogenfonds der Grünen bemerkbar, aus dem soziale und ökologische Projekte gefördert werden. Auf der Mitgliederversammlung wurde beschlossen, den Fonds von 1800 auf 5000 Euro aufzustocken.

„Wir wollen einen Teil unserer Aufwandsentschädigung, die wir als Ratsmitglieder erhalten, in Projekte in Telgte stecken“, so die stellvertretende Sprecherin Valerie Kelling, „denn die Aufwandsentschädigung ist nach unserer Auffassung überhöht.“ Dies gelte besonders, wenn man sie mit der

Aufwandsentschädigung anderer ehrenamtlich tätiger Menschen vergleiche.

Privatpersonen, Vereine oder Initiativen können einen finanziellen Zuschuss aus dem Regenbogenfonds erhalten, wenn sie Projekte im sozialen oder ökologischen Bereich planen.

„Wir möchten Initiativen ausdrücklich ermutigen, auf uns zuzukommen, denn wir glauben, dass die Gelder bei solchen Initiativen gut angelegt sind“, erklärt Kelling.

Ebenfalls entschieden wurde auf der Versammlung über die Vergabe der verbliebenen Mittel aus dem letzten Jahr: Einstimmig wurde ein Zuschuss für das Frauenhaus in Höhe von 500 Euro beschlossen.

u.we.



Wasserratten tauschen Wasser gegen Schnee !

26 Kinder der DLRG Telgte verbrachten das 1. Märzwochenende mit ihren Betreuern und Trainern in der Jugendherberge in Horn-Bad Meinberg. Die Zugfahrt wurde unterstützt aus Mitteln des Regenbogenfonds, wofür sich der Jugendvorstand an dieser Stelle herzlich bedankt.

Kaum aus dem Zug ausgestiegen fielen die ersten Schneeflocken, welche bis Samstagmorgen eine dichte Decke von ca.25cm bildeten. Außer der erwarteten Begeisterung hörte man auch Seufzer wie „oh, schon wieder so viel Schnee, ich kann keinen Schnee mehr sehen“.

Bei strahlend blauem Himmel machten sich dennoch die ganze Gruppe fröhlich auf den Weg in den Ort zum unterhaltsamen Stadtspiel, wobei sich alle kalte Füße, Hände und Nasen holten. Bevor alle nachmittags in das kleine

Schwimmbad in Horn gingen wurden lustige Spiele in der Herberge veranstaltet. Das Schwimmbad platzte mit den 32 Gästen fast aus allen Nähten, die übrigen 6 Schwimmer freuten sich mehr oder weniger über die ungewöhnliche Schwimmerdichte.

Abends wurden wieder Spiele im Gemeinschaftsraum gemacht, bevor alle müde in die Betten fielen. Sonntags ging es dann wieder bei tollem Schneewetter zu den Externsteinen, welche leider wegen Eisglätte auf den Stufen gesperrt waren. Die Rückfahrt im Zug war dann sehr ruhig. Obwohl sich alle auf ein Frühlingsschwimmen freuten, war es ein tolles Schneerlebnis für alle und eine Wiederholung eines gemeinsamen Ausflugs steht auch für nächstes Jahr wieder auf dem Programm.

Kontaktadressen



Ortsverband:

Gerd Klünder
Emsstr. 22
48291 Telgte

Ratsfraktion:

Wolfgang Pieper
Ritterstr. 4
48291 Telgte
Tel. 6267

www.gruene-telgte.de

